
Name / Vorname / Klasse:

Lehrjahr 2



Gewerbeschule Samedan
Scoula industriela

Repetitorium Vorbereitung SP (Schlussprüfung)



Gewerbeschule Samedan
Scoula industriela

Lehrjahr 2

1. Inhalt

1. Inhalt.....	1
2. Vorgehen:	1
3. Tipp:	1
4. Begriffe	2
5. Fragen mit Kurzantworten	4
6. Multiple Choice	8
7. Lehrjahr 2: Relevante Themen zu Sprache und Kommunikation	14

2. Vorgehen:

- Lernen Sie sämtliche **Begriffe** mit Hilfe des **Lehrmittels** und der „**App Gesellschaft**“.
- Lösen Sie **mit Hilfe** des Lehrmittels und anderen Unterlagen die Fragen mit **Kurzantworten**.
- Lösen Sie die **Multiple-Choice**-Aufgaben - wenn möglich - **ohne** Unterlagen.
- Bearbeiten Sie die Aufgaben zur **Sprache und Kommunikation**.

3. Tipps:

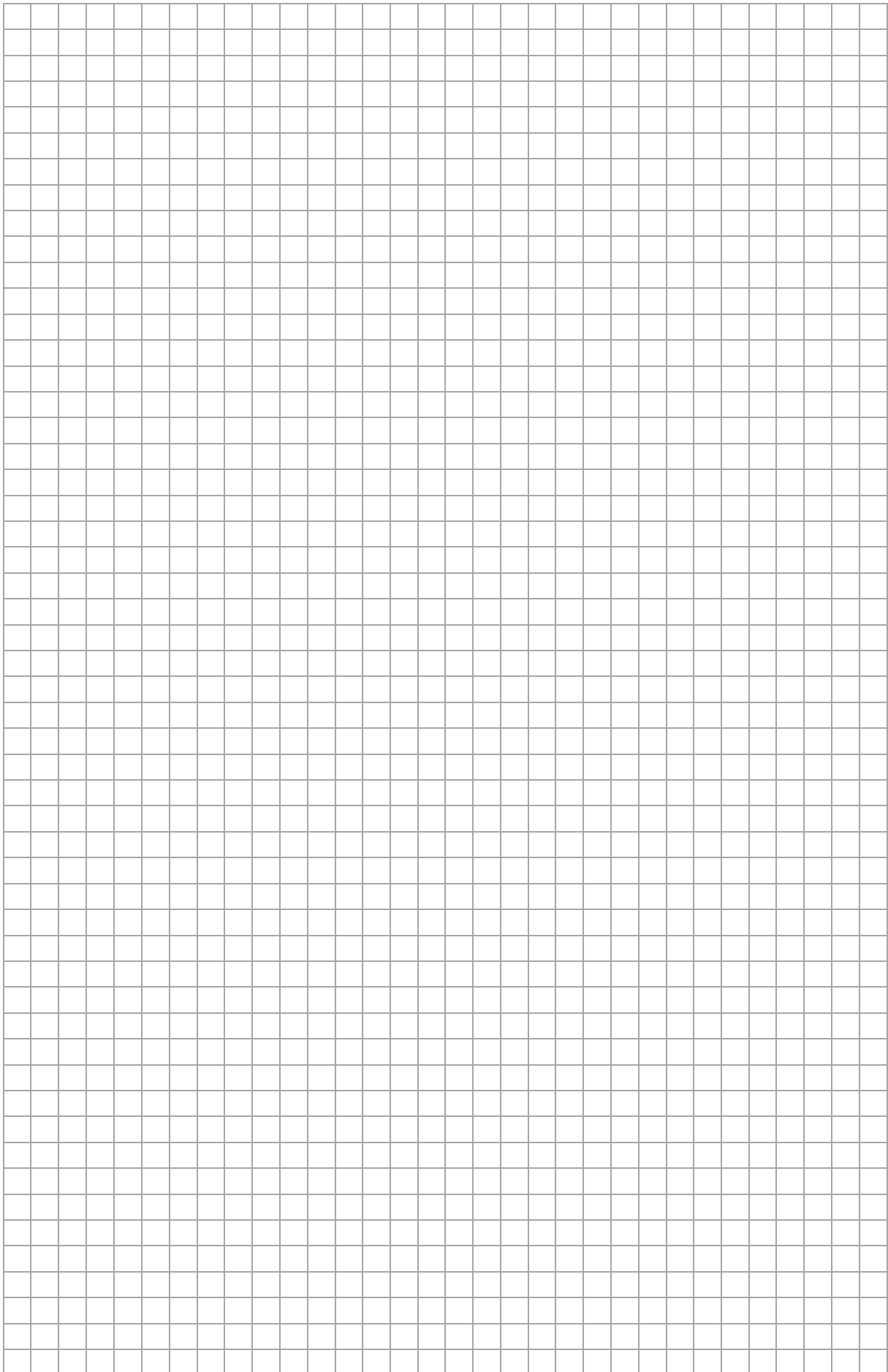
- An der Schlussprüfung werden im **Zeitumfang von ca. 30 Minuten** Fragen aus diesem **Repetitorium** gestellt.
- Wenn Sie das Repetitorium **bearbeiten**, besitzen Sie die nötigen **Fach- und Methodenkompetenzen** um die SP (Schlussprüfung) erfolgreich zu **bestehen**.

4. Begriffe

Wahlrecht (aktiv, passiv)	
Initiative	
Konservative Politik	
Kantonsregierung	
Konkordanzdemokratie	
Session	
Bundesgericht	

Offerte (Kaufvertrag) Ist ein Angebot eines Verkäufers.	
Mangelhafte Lieferung	
Kosten beim Autoleasing	
Raten / Amortisation	
Wirtschaftssektoren	
Volkseinkommen	
Verursacherprinzip	

Gender	
Mutterschaftsversicherung	
Partnerschaftsgesetz	
Migration	
Nord-, Südgefälle	
Integration	



5. Fragen mit Kurzantworten

1. Nennen Sie 4 Aufgaben, die die Gemeinde für den Kanton erledigen muss.

2. Wer leitet die Gemeindeverwaltung?

3. Was unterscheidet eine Demokratie von einem totalitären Staat?

4. Nennen Sie die drei Gewalten in einem Staat mit je einem Beispiel aus Gemeinde-, Kantons-, oder Bundesebene.

5. Nennen Sie 1 der verfassungsmässigen Aufgaben des Bundes.

6. Nennen Sie 2 Bundesräte/Innen und ihre Departemente.

7. Was ist der Sinn des Kollegialitätsprinzips?

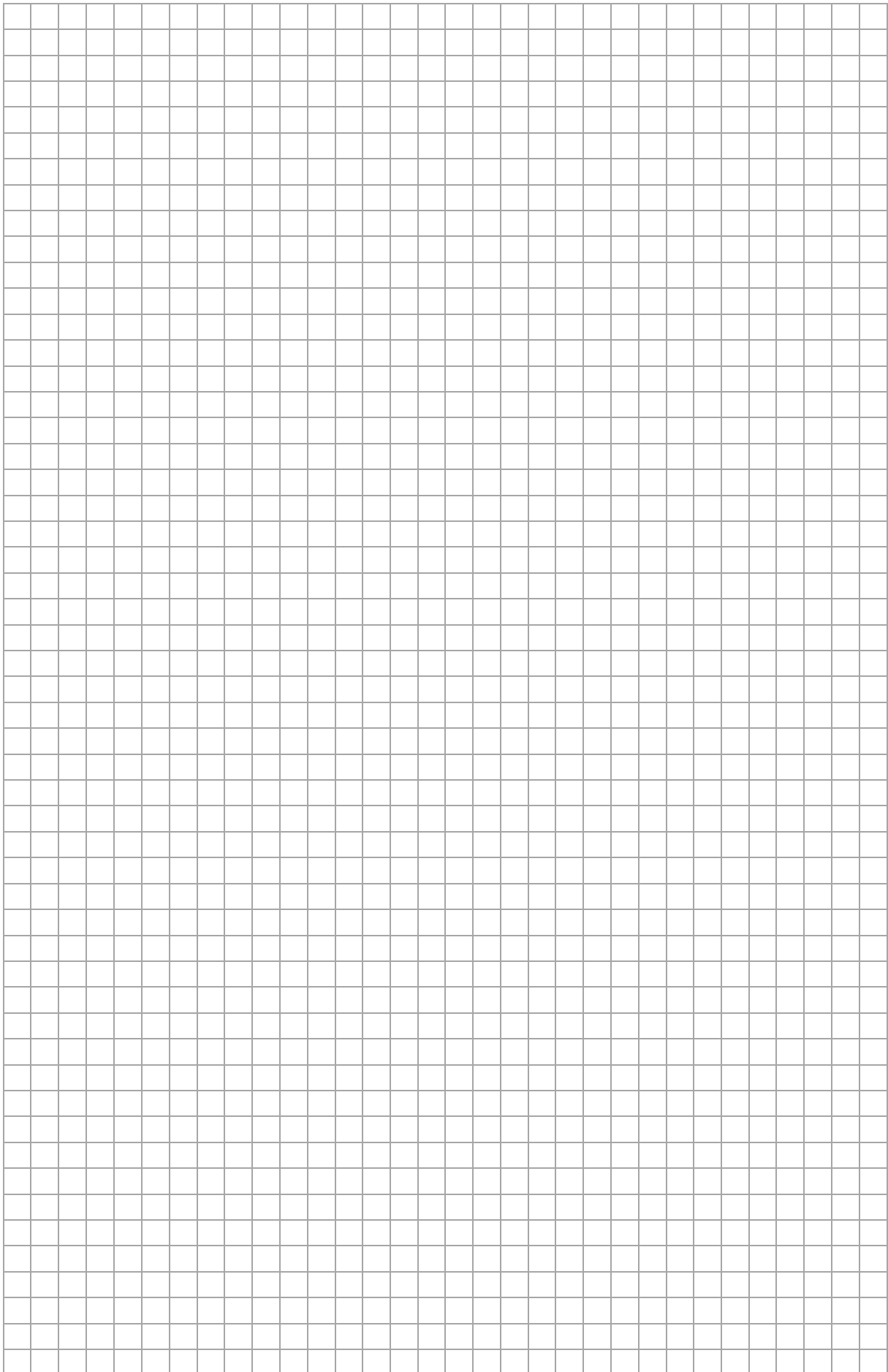
8. Erklären Sie das Majorzwahlverfahren.

9. Welches ist die günstigste Kaufvertragsart? Begründen Sie Ihre Aussage.

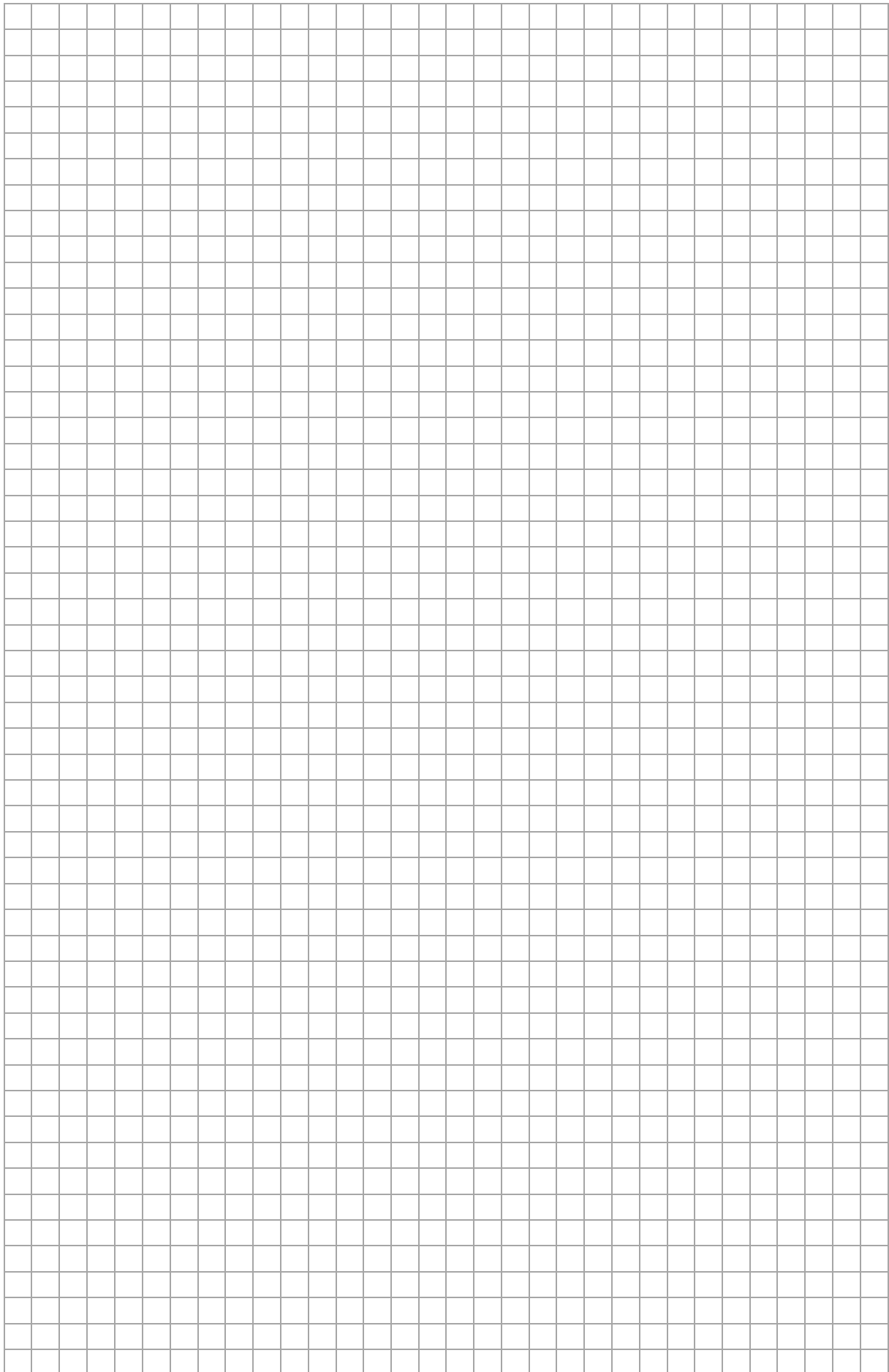
10. Nennen Sie 1 Störung, die im Ablauf eines Kaufes eintreten kann. Wie muss darauf reagiert werden?

11. Was ist eine Gläubiger oder was ist ein Schuldner?

12. Wozu werden Kleindarlehen oder Barkredite oft gebraucht?



-
13. Wie reagieren Sie auf einen unberechtigten Zahlungsbefehl bei einer Betreibung?
-
14. Was verstehen Sie unter dem Kürzel BIP?
-
15. Erklären Sie den Begriff Wohlfahrt.
-
16. Welche Ziele verfolgt in der Schweiz die staatliche Konjunkturpolitik nach Bundesverfassung?
-
17. Warum wird in der Regel das ökonomische Prinzip angewendet?
-
18. Nennen Sie 2 Merkmale der sozialen Marktwirtschaft der Schweiz.
-
19. Wie haben sich die Rollen von Mann und Frau in den letzten 50 Jahren verändert?
-
20. Was ist die KESB?
-
21. Nennen Sie 2 Vor- und 2 Nachteile eines Konkubinats im Vergleich zur Ehe.
-
22. Welcher Güterstand tritt bei einer Eheschliessung normalerweise in Kraft?
-
23. Wo liegt der Unterschied zwischen einem Migranten/einer Migrantin und einem Flüchtling?
-
24. Nennen Sie je 1 Beispiel für Push- und Pullfaktoren?
-



6. Multiple Choice

1. Wer genehmigt in einer Gemeinde den Voranschlag (Budget) mit Steuerfuss?
 - Die Gemeindeversammlung respektive der Einwohnerrat
 - Der Gemeinderat
 - Das kantonale Finanzdepartement
 - Die Rechnungsprüfungskommission
2. Welche Aussagen zur Gemeinde sind richtig?
 - Die Beschaffung eines Feuerwehrautos, der Bau einer Kanalisation wird an der Gemeindeversammlung beschlossen.
 - Die Gemeindeversammlung ist die ausführende Behörde.
 - Bei Zu- oder Wegzug von der Gemeinde muss man sich bei der Einwohnerkontrolle melden.
 - Der Gemeindepräsident ist der Vorsitzende des Gemeindevorstandes.
3. Welches ist der Zweck der Gewaltenteilung?
 - Die Arbeit zwischen den verschiedenen Behörden soll fair aufgeteilt werden.
 - Die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden wird organisiert.
 - Die Anhäufung von zu viel Macht in der Hand von einzelnen Personen soll verhindert werden.
 - Die Kompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden werden aufgeteilt.
4. In welcher Regierungsform haben die BürgerInnen am meisten Mitspracherechte?
 - Direkte Demokratie
 - Diktatur
 - Präsidiale Demokratie (USA)
 - Parlamentarische Demokratie (Deutschland, GB)
5. Im Proporzverfahren wird - mit wenigen Ausnahmen - gewählt:
 - Das Bundesgericht
 - Die Kantonsregierung (GR, TI und SG)
 - Der Nationalrat
 - Der Bundesrat
6. Wie gross ist das absolute Mehr im folgenden Falle?

Ausgeteilte Stimmzettel:	212
Eingegangene Stimmzettel:	207
Davon leer:	10
Davon ungültig:	2

 - 97
 - 98
 - 99
 - 100
7. Welche Aussagen zu Parlament, Regierung und Gericht sind richtig?
 - Das Parlament macht Gesetze und kontrolliert Regierung und Verwaltung.
 - Die Gerichte richten, schlichten und regieren den Staat.
 - Ein Parlament hat mehr Mitglieder als die Regierung.
 - Die gesetzgebende Gewalt kann auch Judikative genannt werden.

8. Grundrechte: Welche Aussagen treffen zu?
- Glaubensfreiheit: Mit 16 Jahren kann man die Religionszugehörigkeit selber bestimmen.
 - Petitionsrecht: Jedermann muss immer nach Treu und Glauben handeln d.h. nach bestem Wissen und Gewissen.
 - Versammlungsfreiheit: Versammlungen mit politischem Charakter müssen immer bewilligt werden.
 - Rechtsgleichheit: Ausländische und schweizerische Personen sind vor dem Gesetz gleich.
9. Welche Aussage zum schweizerischen Regierungssystem ist richtig?
- Das Volk kann mit Referendum und Initiative in die Arbeit der Legislative eingreifen.
 - Die Regierung auf Bundesebene wird direkt durch das Volk gewählt.
 - Konkordanz bedeutet, dass alle Parteien in der Landesregierung vertreten sind.
 - Der Bundespräsident der Schweiz hat eine ähnliche Position wie der französische oder amerikanische Präsident.
10. Welches sind die wählerstärksten Parteien?
- FDP / CVP
 - Grüne / EVP
 - SVP / SP
 - BDP / GLP
11. Welche Aussagen gehören zu den Zielen einer eher linken Politik?
- Die Sozialversicherungen (AHV, IV, ALV...) dürfen nicht abgebaut werden.
 - Der Staat soll mit gesetzlichen Massnahmen die wirtschaftlich Schwächeren schützen.
 - Grundsätzlich soll jeder Bürger eigenverantwortlich handeln und leben.
 - Die individuellen Freiheiten sind wichtiger als das Gemeinwohl.
12. Bezeichnen Sie alle richtigen Aussagen zu den Volksrechten auf Bundesebene.
- Wenn ein vom Parlament beschlossenes Gesetz nicht gefällt, können innerhalb von 100 Tagen 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Dies nennt man Initiative.
 - Eine Volksinitiative hat zum Ziel, einen Artikel in der Bundesverfassung (BV) abzuändern oder die BV zu ergänzen.
 - Damit eine Volksinitiative angenommen wird, braucht es das „doppelte Ja“ (Volks- und Ständemehr).
 - Mit einem fakultativen Referendum kann von einer Interessengruppe eine Volksabstimmung verlangt werden.
13. Wie verhält sich der Preis, wenn die Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot des zunimmt?
- Preis steigt.
 - Preis kann nicht vorausgesagt werden.
 - Preis sinkt.
 - Preis verändert sich nicht.
14. Als Produktionsfaktoren bezeichnet man:
- Energie, Rohstoffe, Arbeit
 - Arbeit, Boden, Kapital
 - Kapital, Energie, Arbeit
 - Boden, Güter, Dienstleistungen

15. Am einfachen Wirtschaftskreislauf sind folgende Wirtschaftsteilnehmer beteiligt:
- Produzenten und Bruttoinlandprodukt
 - Konsumenten (Haushalt) und Produzenten (Unternehmen)
 - Bruttoinlandprodukt und Volkseinkommen
 - Konjunktur und Rezession
16. Kreuzen Sie die richtige Aussage an.
- Das Bruttoinlandprodukt dient dazu, den Einzelnen durch die Steuerbehörde einschätzen zu lassen.
 - Das Bruttoinlandprodukt ist die Summe aller ausbezahlten Renten der schweizerischen Sozialversicherungen.
 - Das Bruttoinland ist der Marktwert aller Güter und Dienstleistungen, die eine Volkswirtschaft während des ganzen Jahres erzeugt.
 - Das Bruttoinlandprodukt zählt alle Löhne in der Schweiz während einem Jahr zusammen.
17. Welche der folgenden Massnahmen soll einen wirtschaftlichen Aufschwung fördern?
- Banken geben überhaupt keinen Kredit.
 - Die Kreditgewährung wird gesetzlich erschwert.
 - Senkung der Zinssätze für Bankdarlehen und Betriebskredite.
 - Erschwerung des Konsumkreditgeschäftes.
18. Jeder Mensch empfindet Bedürfnisse verschiedenster Art. Zu welchen Bedürfnissen zählen Sie einen Gleitschirm oder ein Smartphone?
- Kollektivbedürfnis
 - Sicherheitsbedürfnis
 - Wahl-/Luxusbedürfnis
 - Existenz-/Grundbedürfnis
19. Welche Aussagen zur Volkswirtschaft sind richtig?
- Der Konsumentenpreisindex ist ein Massstab für die Inflation.
 - Inflation ist ein anderes Wort für Teuerung oder Geldentwertung.
 - Bei Teuerung profitieren in erster Linie Arbeitnehmer und Rentner.
 - Alle Wirtschaftszweige in der Schweiz profitieren von der Globalisierung.
20. Kreuzen Sie die richtige Aussage zur sozialen Marktwirtschaft an.
- Mit Hilfe der Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV) schaut der Staat, dass die Bürger die Grundbedürfnisse abdecken können.
 - Der Staat kann versuchen, die Konjunktur mit Wirtschaftsprogrammen zu beleben oder zu dämpfen.
 - Jeder Bürger / jede Bürgerin ist in allen Lebensbelangen für sich selbst verantwortlich.
 - Subventionen, Stipendien, staatliche Beiträge haben in der sozialen Marktwirtschaft nichts zu suchen.
21. Kreuzen Sie die richtigen Aussagen zur Konjunktur an.
- Das Bruttoinlandprodukt misst den Wert aller ausbezahlten Löhne, Zinsen und Bodenrenten während eines Jahres in einem Land.
 - Eine sinkende Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen eines Aufschwungs.
 - Wenn das Bruttoinlandprodukt während längerer Zeit sinkt, spricht man von Rezession.
 - In der Phase der Hochkonjunktur sind Arbeitskräfte gesucht, und die Mieten für Geschäftsräume sinken.

22. Welche der folgenden Behauptungen zum Kaufvertrag stimmt?

- Eine Bestellung hat immer schriftlich zu erfolgen.
- Ein mündlich abgeschlossener Kaufvertrag muss nicht befolgt werden.
- Liegt einer Warenlieferung eine Rechnung bei, muss die Zahlungsfrist mindestens 30 Tage betragen.
- Hat ein Käufer eine Ware bestellt, kann er im Normalfall nicht mehr auf den Kauf verzichten.

23. Welche der folgenden Punkte bei Konsumkreditverträgen entsprechen dem KKG?

- Der Konsumkreditvertrag bedarf der schriftlichen Form.
- Der Vertrag tritt für den Käufer / die Käuferin 3 Tage nach Erhalt eines beidseitig unterzeichneten Vertrages in Kraft.
- Die Anzahl, Höhe und Fälligkeit der Raten müssen im Vertrag geregelt sein.
- Verzichtet der Käufer innerhalb von 5 Tagen auf die Vertragserfüllung, so muss ein Reuegeld bezahlt werden.

24. Wer eine unbestellte Sendung erhält, die er nicht haben will, ...

- muss sie sofort an den Absender zurücksenden; das Porto braucht er nicht zu bezahlen.
- muss sie sofort frankiert an die Absenderin zurücksenden.
- muss dem Absender sobald als möglich mitteilen, er könne die unverlangte Sendung abholen.
- muss die Sendung weder aufbewahren noch zurücksenden.

25. Aussagen zur Betreibung. Was stimmt? Bei einer Betreibung auf Pfändung ...

- wird bei einer Verwertung, die den Betrag der Schuld nicht deckt, ein Schuldschein ausgestellt.
- bewirkt der Rechtsvorschlag, dass die gestellte Forderung vor ein Zivilgericht gezogen werden kann.
- werden immer die gesamten Vermögenswerte des Betriebenen gepfändet.
- kann kein Rechtsvorschlag erhoben werden.

26. Sie haben einen Leasingvertrag für ein Auto abgeschlossen. Wer ist EigentümerIn der geleasteten Sache?

- Der Leasinggeber
- Die Leasingnehmerin
- Beide gemeinsam zu je 50%
- Der Hersteller des Autos bis zur vollständigen Abzahlung

27. Konkubinat bedeutet:

- Eheähnliches Verhältnis.
- Ehe ohne kirchlichen Segen.
- Kinderlose Ehe.
- Ehe ohne Trauschein.

28. Welchen Nachnamen erhalten gemeinsame Kinder einer Konkubinatsbeziehung?

- Den des Vaters.
- Solange die Eltern nicht verheiratet sind den Namen der Mutter.
- Die Eltern können bei gemeinsamer elterlicher Sorge wählen.
- Da die Mutter ledig ist, kann sie dies selber bestimmen.

29. Wer muss die Kosten für die Erziehung und Ausbildung der Kinder tragen?
- Der Vater allein.
 - Grundsätzlich der Vater, die Mutter muss nur dann mithelfen, wenn sie berufstätig ist.
 - Die Eltern haben für den Unterhalt der Kinder aufzukommen.
 - Erstausbildung! Die Eltern zahlen bis max. CHF 30'000.00.
30. Eltern sind in finanzielle Not geraten. Sind die Kinder zur Unterstützung der Eltern verpflichtet?
- Nein, die Kinder haben für sich selbst schon genügend finanzielle Lasten.
 - Nur männliche Nachkommen können dazu verpflichtet werden.
 - Ja, aber nur, wenn dies die Einkommensverhältnisse der Kinder gestatten.
 - Ja, aber nur ledige, mündige Söhne und Töchter.
31. Die siebzehnjährige Lehrtochter Leni erhält für den Arbeitsweg einen neuen Roller. Ihre Eltern bezahlen die Rechnung dafür teilweise mit den Zinsen aus Lenis Sparkonto. Welche der Behauptungen stimmt?
- Der Zins von Lenis Sparkonto dürfte für diesen Zweck nicht verwendet werden.
 - Der Vater hat korrekt gehandelt; er darf die Erträge des Kindesvermögens für den Unterhalt von Leni verwenden.
 - Die Eltern können frei über dieses Geld verfügen.
 - Den Eltern ist es verboten, Geld von Leni dafür zu verwenden.
32. Welche Aussagen zur Errungenschaftsbeteiligung sind richtig?
- Jeder Partner haftet für seine Schulden selbst.
 - Eine Frau kann ohne Bewilligung ihres Mannes nicht berufstätig sein.
 - Der Mann bestimmt den Wohnsitz der Familie.
 - Für die laufenden Haushaltschulden haften die Ehepartner gemeinsam.
33. Eva Müller bringt bei der Eheschliessung CHF 10'000.00 in die Ehe, ihr Gatte Max Meier CHF 30'000.00. Nach zehn Jahren erbt Eva von ihrem Vater Fr. 50'000.00. Die Errungenschaft von Max beträgt zur gleichen Zeit CHF 40'000.00, Evas Errungenschaft dagegen CHF 20'000.00. Eva möchte wissen, wie gross zu diesem Zeitpunkt ihr güterrechtlicher Anteil wäre.
- 75'000.00
 - 80'000.00
 - 90'000.00
 - 65'000.00
34. Kreuzen Sie an, was richtig ist.
- Durch ein Testament kann ein verheirateter Erblasser vollkommen frei über seinen Nachlass verfügen.
 - Ein Ehepaar kann seine Erbangelegenheiten durch den Abschluss eines Erbvertrages selbständig regeln, auch wenn gemeinsame Nachkommen vorhanden sind.
 - Durch ein Testament kann ein Erblasser den überlebenden Ehegatten gegenüber gemeinsamen Nachkommen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen begünstigen.
 - Durch ein Testament kann ein Erblasser die gemeinsamen Nachkommen gegenüber dem überlebenden Ehegatten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen begünstigen.
35. Welche Erben gehören zum ersten Stamm?
- Sohn und Tochter
 - Eltern
 - Enkel/-in
 - Bruder, Schwester

36. Unter Pflichtteil versteht man ...

- den minimalen Erbanspruch eines Erben.
- den Teil eines Erbes, den der Erblasser durch Testament den gesetzlichen Erben vor-
enthalten kann.
- den Teil des Erbes, auf den die Erben einen unbedingten gesetzlichen Anspruch haben.
- den Teil des Erbes, den die Erben dem Staat als Steuern abliefern müssen.

37. Welche Aussagen zur Scheidung sind richtig?

- Am einfachsten ist die Scheidung auf gemeinsames Begehren.
- Die Scheidung kann von einem Ehepartner allein nicht verlangt werden.
- Nach einem Jahr Trennung kann jede Ehe geschieden werden.
- In der Scheidungsvereinbarung müssen die elterliche Sorge und der persönliche Ver-
kehr mit den Kindern geregelt werden.

7. Relevante Themen zu Sprache und Kommunikation

1. Notieren Sie die Hauptaussagen von verschiedenen Aufgaben sprachlich korrekt in ganzen Sätzen.

- Bundesverfassungsartikel Art. 15: „Glaubens- und Gewissensfreiheit“
- Gesetzesartikel: Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG 22 und 26)
- Kriminalstatistik Graubünden: „Betäubungsmittelgesetz nach Alter und Geschlecht“
- Jugend- und Erwachsenenurteile 2014 in der Schweiz

Texte auf www.gewerbeschule-samedan.ch (ABU\Repetitorium\S_K_Lehrjahr_2)

2. Erstellen Sie eine sinnvolle Grafik zum Zahlenmaterial (Auswahl). Formulieren Sie 4 Feststellungen und kommentieren Sie die Entwicklung.

Beherbergungsstatistik Graubünden

2014 verzeichneten die 763 erfassten Betriebe der Hotellerie in Graubünden 5'052'225 Logiernächte, 2.1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Bruttoauslastung der 46'356 verfügbaren Betten lag dabei bei 29.9 Prozent.

Tourismusjahr									
Destinationen	2005-2006	2006-2007	2007-2008	2008-2009	2009-2010	2010-2011	2011-2012	2012-2013	2013-2014
Arosa	502 771	513 326	545 753	498 372	485 437	450 035	398 749	426 594	419 668
Bergün Filisur	37 058	39 452	44 411	45 538	71 280	70 097	66 284	63 784	65 818
Bregaglia Engadin	23 400	24 627	26 891	24 299	22 455	21 921	20 160	18 285	17 388
Bündner Herrschaft	32 504	32 739	38 030	37 452	42 233	42 270	39 857	40 727	35 337
Chur	166 877	179 898	186 406	187 179	199 926	189 698	178 761	176 044	172 668
Davos Klosters	1 080 775	1 131 653	1 191 772	1 129 361	1 066 748	1 008 624	937 847	971 865	966 332
Disentis Sedrun	137 728	123 050	147 856	140 705	132 111	117 757	110 981	110 086	108 265
Engadin Scuol Samnaun	587 337	600 030	650 635	623 058	609 501	549 965	521 136	535 535	532 254
Engadin St. Moritz	1 893 796	1 877 261	2 003 560	1 884 750	1 854 801	1 729 081	1 594 780	1 600 877	1 596 571
Flims Laax	383 215	374 885	426 491	398 183	445 292	412 117	361 622	378 619	373 895
Lenzerheide	259 440	267 816	272 853	267 463	271 102	261 820	246 337	246 897	251 882
Prättigau	85 582	96 020	106 257	99 724	99 284	91 974	84 659	89 152	92 295
S. Bernardino, Mesolcina/Calanca	14 594	14 153	13 968	15 000	13 116	12 589	11 160	18 282	16 980
Savognin	126 441	142 177	157 025	158 193	145 011	129 790	122 132	123 549	96 509
Surselva	105 381	107 966	120 192	110 736	114 671	97 785	96 936	102 020	96 242
Valposchiavo	56 870	57 211	65 001	58 364	62 868	58 026	49 553	48 346	48 702
Vals	86 622	94 451	94 323	96 343	94 063	85 661	78 692	74 366	63 216
Viamala	109 447	111 618	119 170	121 639	118 973	108 711	103 651	103 514	100 160
Graubünden	5 689 838	5 788 333	6 210 594	5 896 359	5 848 872	5 437 921	5 023 297	5 128 542	5 054 182

3. Verfassen Sie eine gegliederte Stellungnahme mit einer persönlichen Meinung zum folgenden Sachverhalt. Umfang ca. 1 A4-Seite.



Unter Cybermobbing versteht man das absichtliche Beleidigen, Bedrohen, Blossstellen oder Belästigen anderer mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel - meist über einen längeren Zeitraum. Gerade bei Cybermobbing unter Jugendlichen kennen sich TäterIn und Zielperson oft auch in der „realen“ Welt. Die Betroffenen haben fast immer einen Verdacht, wer hinter den Attacken stecken könnte. Cybermobbing geht in der Regel von Personen aus dem eigenen Umfeld aus - der Schule, dem Wohnviertel, dem Dorf oder der Clique. Fälle, bei denen gänzlich Fremde beteiligt sind, sind wenig verbreitet.

4. Schreiben Sie den verlangten Brief.

Sie bestellen bei „PC-Zubehör“, Suot Staziun 3, 7503 Samedan Ersatzpatronen für Ihren Farbdrucker.

Beim Prüfen mussten Sie feststellen, dass zwei Patronen trotz intakter Verpackung Tinte verloren haben.

Schreiben Sie einen Brief mit einem Lösungsvorschlag.